

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Bemerkung: Sammelnummer: 25 241
Aus für Nachdruck: Nr. 20011
Schlüsselung u. Druckverhältnisse:
Dresden - W. 1, Marienstraße 25/28

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 2.20 M. (einschließlich 10 Pfg. für Telegramm), durch Postweg 2.50 M. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postanstellungsgeld) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 20 mm breite Zeile 30 Pfg., auswärts 50 Pfg., ab 20. November 11. Zahl. Hemmungen und Stilllegung ohne Kasse 15 Pfg., auswärts 20 Pfg. Offizieller Kurs: 20 Pfg. Kautions- und Kassegebühren gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Reich & Reichert,
Dresden, Wohlseh-Str. 10/11 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Dresden, Red.) zulässig. Unverlangte
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt
Monaten des Jahres 1932

Hitler noch nicht nach Berlin gefahren

Kommt die Aussprache trotzdem zustande?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 30. Nov. Zur großen Überraschung aller politischen Kreise ist Adolf Hitler am Mittwochvormittag nicht, wie man ursprünglich vermutete, in Berlin eingetroffen. Er hat den Berliner Zug in Jena verlassen und begab sich von dort heute früh im Automobil nach Weimar, wo er in Begleitung Ribbentrops und seines Adjutanten Brückner in einem Hotel abstieg. Gleichzeitig sind heute früh Gregor Straker und Dr. Fried von Berlin abgereist. Auch Dr. Goebbels ist in Thüringen, wo zur Zeit die Wahlkämpfe für die Gemeinderatswahlen stattfinden. In Weimar fand in den ersten Nachmittagsstunden eine Besprechung Adolf Hitlers mit den nach Weimar gekommenen Unterführern über die Frage, ob Hitler sich an einer erneuten politischen Aussprache dem Reichsminister von Schleicher zur Verfügung stellen solle. Ein Ergebnis dieser Besprechung lag gegen 2 Uhr noch nicht vor.

Wie und aus dem Reichswehrministerium auf Anfrage mitgeteilt wird, hebt Reichswehrminister Schleicher nicht auf dem Standpunkt, daß durch die Weiterentwicklung Hitlers eine grundsätzliche Ablehnung seitens des Führers der Nationalsozialisten zum Ausdruck kommen soll. Schleicher hofft vielmehr, daß Hitler noch im Laufe

des Tages nach Berlin kommen wird und die angekündigte Aussprache dann stattfinden wird. Ob Schleicher ebenfalls einen Unterhändler nach Weimar zu Hitler geschickt hat, läßt sich nicht genau erkennen. In Weimar ist, wie Rückfragen ergeben haben, über die Dispositionen Hitlers nichts zu erfahren. Es wird dort nur darauf hingewiesen, daß Hitler ja von Weimar aus jederzeit mit dem Flugzeug nach Berlin reisen und nach seinem Willen innerhalb von zwei Stunden in Berlin eintriften kann.

Da es sich, wie betont wird, bei der Aussprache Schleicher um die letzte Unterredung handelt, die vor der Entscheidung des Reichspräsidenten noch geführt werden soll, so soll, wie man sagt, zum mindesten noch der heutige Tag abgewartet werden, ehe der Reichspräsident die Erneuerung des neuen Kabinetts vollzieht. In diesem Zusammenhang ist von Interesse, daß das Berliner Organ der NSDAP, der „Angriff“, die Frage aufwirft, welchen Zweck neue Verhandlungen in Berlin denn eigentlich haben sollten. Borek erscheint der Wahlkampf in Thüringen wichtiger.

In einem Berliner Blatt war behauptet worden, daß der Reichsaußenminister Brüning von Neurath die Ernennung des Reichsministers von Schleicher zum Reichskanzler vom außenpolitischen Standpunkt aus unangelegentlich bezeichnet hätte. Demgegenüber wird heute an amtlicher Stelle festgestellt, daß der Reichsaußenminister eine solche Äußerung überhaupt nicht getan hat.

Die Reichsbahn-Arbeitsbeschaffung gesichert

Berlin, 30. Nov. Vom 28. bis 30. November 1932 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. In den Beratungen über das Finanzjahr 1933 wurde festgestellt, daß sich in den verflochtenen zehn Monaten des Jahres 1932

der Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahre auf 26,5 Proz., gegenüber dem Jahre 1929 auf 46,5 Prozent beläuft.

Die Gesamteinnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben bisher gegenüber 1931 um 22,1 Prozent, gegenüber 1929 um 38,5 Prozent zurück. Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber 1931 um 27,7 Prozent, gegenüber 1929 um 51,2 Prozent zurückgefallen.

Die Ausbringung der gesamten für die Arbeitsbeschaffung vorgesehenen 280 Millionen Reichsmark ist nunmehr gesichert.

Der Verwaltungsrat verfügte, nachdem er in der Septemberversammlung über die Verwendung der 180 Millionen Reichsmark Bescheid gefaßt hatte, nunmehr auch über die Verteilung der noch restlichen 100 Millionen Reichsmark. Sie werden für Oberbau, sonstige bauliche Anlagen, für Fahrzeug- und Maschinen sowie für Neubauten verwendet.

Eine Gerede-Rede in Halle

Halle, 30. Nov. Besonders beachtet wurde hier die Erklärung Geres während seines Vortrages über sein Arbeitsbeschaffungsprogramm, daß auch eine Reichsregierung, an deren Spitze wieder Herr v. Papen stehen würde, den Geredeplan in seinen wesentlichen Teilen zum Bestandteil des Regierungsprogramms machen würde und seine Durchführung mit Ausdauer und Entschlossenheit in die Hand zu nehmen beabsichtige. Er, Gerede, fürchte dabei durchaus nicht die Einwände und Widerstände, die von der Person des Reichsbankpräsidenten Dr. Luthers ausgingen und bei denen dieser sich bisher immer auf die internationalen Bindungen im Reichsbankstatut berufen habe. Im Gegensatz zu Luthers, der in diesen internationalen Bindungen das Mittel begräbe, die Reichsbank innerpolitischen Einflüssen zu unterwerfen, sei er der Meinung,

daß die Souveränität des deutschen Volkes beratige Bindungen nicht länger vertragen.

Dinstaglich des Ausbaues der Arbeitslosen für Sorge versicherte Dr. Gerede, daß die neue Reichsregierung die bisherige Dreiteilung in versicherungsmäßige Arbeitslosenunterstützung, in Krisen- und in Wohlfahrtsunterstützung, die eine Hauptursache der kommunalen Finanzkatastrophe sei, der von ihm immer vertretenen Auffassung entsprechend beseitigen werde.

Neuerung bei der Devisenzuteilung

Berlin, 30. November. Vor einigen Tagen hat der Reichswirtschaftsminister den Devisenbewirtschaftungsstellen die erforderlichen Anweisungen für die Devisenzuteilung für das erste Halbjahr 1933 gegeben lassen. Die Anweisung bringt infolgedessen eine Neuerung, als das Devisenkontingent künftig nicht mehr für ein Viertel, sondern für ein halbes Jahr festgesetzt werden soll. Bei der Berechnung der Kontingente soll ausgenommen werden von den in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Devisenbewirtschaftung, also dem Zeitraum vom 1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931, für unmittelbare Einfuhr geleisteten Auslandszahlungen.

Banerns Vertretung in Berlin

München, 30. November. Der stellvertretende Bevollmächtigte im Reichsrat, Ministerialdirektor Speyer, ist mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. bis auf weiteres mit der Führung der Geschäfte der bairischen Bevollmächtigung in Berlin und der stellvertretenden Führung der bairischen Stimmen im Reichsrat betraut worden.

Hoffnung auf 1933

London, 30. Nov. Sir Walter Layton sagte Dienstagabend in einer Rede in Oxford, das nächste Jahr dürfe eine Erholung des Handels und im Anschluß daran eine stetige Auswärtsbewegung bringen, vorausgesetzt, daß keine Störungen eintreten. Einige kleinere Anzeichen einer Besserung seien bereits bemerkbar oder zumindest bemerkbar gewesen. Die englischen Arbeitslosen hätten sich etwas gesenkt, und ebenso zeigten der Export leichte Anzeichen einer Besserung. Es habe allen Anschein, als ob im letzten Sommer das Schlimmste überstanden worden sei. Der enge Zusammenhang zwischen dem Wirtschaftsleben und den politischen Ereignissen sei erkennbar. Es komme viel darauf an, in welcher Richtung sich die politischen Ereignisse bewegen.

Die Sinowjew-Meldung eine Verwechslung

Moskau, 30. Nov. Wie jetzt festgestellt wird, ist die Nachricht über den angeblichen Tod Sinowjews überall im Ausland verbreitet worden. Sie sei darauf zurückzuführen, daß ein sowjetrussischer Bürger namens Sinowjew gestorben sei, der zufällig den gleichen Vornamen wie der ehemalige Vorsitzende der kommunistischen Internationale Sinowjew hatte. Sinowjew lebe in der Nähe von Moskau und stehe dem politischen Leben völlig fern.

Lebhafte Kritik am Paris-Moskauer Pakt

Phantasien über die Reichswehr

Paris, 30. Nov. Das Außenministerium teilt mit: „Die französische Regierung legt anlässlich der Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion Wert auf die Feststellung, daß dieser Vertrag in keiner Weise den Inhalt eines anderweitigen Handelsvertrages oder die volle Freiheit der französischen Regierung in Zollfragen beeinträchtigt.“

Nach der nunmehr erfolgten Veröffentlichung des Wortlauts erklärt der Vertrag von Seiten der Deutschen eine neue scharfe Kritik. Vertinax nennt im „Echo de Paris“ den Wortlaut noch ungenügender als den vor einigen Tagen bekanntgewordenen Auszug. Die beiden Ziele, die bei den Verhandlungen vorgeschwebt hätten — Herstellung des Gleichgewichts im französisch-russischen Warenverkehr, der bisher für Frankreich passiv ist, und Trennung der Roten Armee von der Reichswehr (1) durch die Feststellung, daß ein von der Reichswehr unternommener Angriff von der Roten Armee nicht unterstützt werden dürfe — seien nicht erreicht worden.

Die russischen Bestellungen an die französische Industrie blieben wahrscheinlich von Krediten abhängig, die niemand bewilligen werde.

und Rußland habe volle Handlungsfreiheit behalten für den Fall, daß Frankreich angegriffen werde, da der Vertrag keine Auslegung des Begriffs „Angriff“ enthalte. Die Russen hätten andererseits erreicht, daß Frankreich praktisch keine Maßnahme mehr gegen das russische Dumping ergreifen könne. Den Schiedsgerichtsvortrag bemängelt Vertinax, weil er keine Ergänzung des üblichen diplomatischen Verfahrens enthalte.

Im „Journal“ stellt Saint Brice fest, daß eine willkürliche Durchführung des Nichtangriffspaktes eine völlige Umstellung der sowjetrussischen Methoden und Grundlagen voraussetze. Um die im Spaniervertrag und dem Militärverträgen (?) zwischen Berlin und Moskau hergestellte Übereinstimmung zu variieren, seien andere Dinge als ein Nichtangriffspakt notwendig. Auf handelspolitischen Gebiet würden alle Versprechungen lediglich auf dem Papier bleiben.

Es braucht kaum besonders betont zu werden, daß auch in diesem Falle die französischen Hinweise auf angebliche geheime deutsche Militärabkommen mit Rußland völlig abwegig sind und der bekannten französischen Phantasie entsprungen, die auf den verschiedensten Gebieten eine deutsche Gefahr wittert.

Moskau hofft auf Handelsweiterung

Moskau, 30. November. Außenkommissar Litwinow empfing am Dienstag den Vertreter der „Welt Pariser“ und erklärte ihm, die Sowjetregierung beabsichtige die Unterzeichnung des russisch-französischen Nichtangriffspaktes. Die Unterzeichnung werde eine ganz neue Ära in der russisch-französischen Beziehungen schaffen und das Misstrauen zwischen beiden Ländern beseitigen. Die Sowjetregierung habe sich schon längere Zeit bemüht, den Vertrag mit Frankreich abzuschließen, der durch sowjetfeindliche Machenschaften der Westmächte vielfach verzögert worden sei.

Derzeit habe von dem Gedanken der Garantie und Sicherheit gesprochen. Die Sowjetregierung erkläre, daß sie diesem Gedanken nicht fernstehe.

Obwohl sie dem Völkerbund nicht angehöre, werde sie immer für die Sache des Friedens kämpfen. Die Vertragsunterzeichnung werde hoffentlich zu einer Erweiterung des russisch-französischen Handels führen.

Welt-Petroleum-Konferenz in Paris

Paris, 30. November. In Paris hat am Dienstag eine Konferenz begonnen, an der Vertreter aller großen Petrochemieunternehmen der Welt — mit Ausnahme Rußlands — teilnehmen. Das Ziel der Tagung ist die Einigung über eine Mindestpreisgrenze und die Erhöhung des Weltmarktpreises um 25 v. H. Wie der „Matin“ erzählt, hat die Regierung der Sowjetunion mitgeteilt, daß sie bereit sei, die Pariser Beschlüsse auch auf die sowjetrussischen Petroleumquellen anzuwenden.

Einspruch Danzigs beim Völkerbundskommissar

Danzig, 30. November. Die Danziger Regierung erhebt in einer Note an den Völkerbundskommissar Einspruch dagegen, daß das von ihr angefragte gemachte Schiedsverfahren auf sofortige Beilegung der widerrechtlichen politischen Forderungen gegen die Danziger Wirtschaft ausgesetzt werde, bis Volens Antrag auf Abschaffung der Danziger Eigenkontingente rechtskräftig entschieden sei. Die Erfüllung dieser politischen Forderung würde einen Preisverfall für Polen darstellen, für ein weiteres Jahr die Danziger Kontingente illusorisch zu machen und die Danziger Wirtschaft überdies zu schädigen. — Der Danziger Senat hat dem Völkerbundskommissar umfangreiches Material über die völlige Verkünderung der wirtschaftlichen Rechte Danzigs durch Polen zugelegt.

Die Bemühungen um die Fünfmächtebesprechung

London, 30. Nov. In politischen Kreisen Londons wird jetzt damit gerechnet, daß Macdonald am Donnerstag den Außenminister Sir John Simon nach Genf begleiten wird, wenn bis dahin die englische Antwortnote an Amerika in der Fünfmächtebesprechung fertiggestellt ist. Man erwartet, daß die Fünfmächtebesprechungen in Genf über die Möglichkeit einer Rückkehr Deutschlands zum Konventionell am Freitag zu beginnen können, falls Freilich v. Neurath in der Lage ist, an ihnen teilzunehmen. Wie verlautet, wurde bei den Besprechungen des zur Zeit in London weilenden englischen Botschafters in Paris, Lord Lytton, mit Macdonald die Frage der Fünfmächtebesprechung erörtert.